



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IV/174

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

23. November 45

Siegt in Watenstedt die Vernunft?

-öt. Die Menschen von Watenstedt-salzgitter, ob sie ohnmächtige aber geduldige Zuschauer des Dramas sind, das sich hier abspielt, oder unermüdliche aktive Kämpfer wie Gewerkschaftler, Betriebsleitung und Stadtverwaltung- sie alle haben unausgesprochen, aber für den unbefangenen Zuschauer spürbar das Gefühl, dass ihre Sache, die Demontage oder Nicht-Demontage der ehemaligen Reichswerke, am Bande des Kampfes um die Erhaltung der deutschen Industrie behandelt wird. Noch hoffen sie, weil die brutal gestellte Alternative Sein oder Nichtsein das Denken zur fürchterlichen Qual werden lässt, noch schweigen sie; aber dieses Schweigen dröhnt lauter als die Demontagehammer im Werk. Werden diese Menschen noch schweigen, wenn die Verhandlungen mit dem Petersberg gegen sie ausfallen? Werden auch dann noch die Gewerkschaftsfunktionäre gegen einen Generalstreik stimmen, wie ihn die Kommunisten bisher vergeblich gefordert haben? Was werden dann 115 000 zum wirtschaftlichen Tod verurteilte Menschen unternehmen? Niemand weiss es, aber diese Fragen standen drohend über den Protestversammlungen, die in diesen Tagen abgehalten wurden und sie schweben über der Friedhofsatmosphäre im Werk.

Vergeblich ruft man die Vernunft zur Hilfe, wenn man nach einer Begründung dafür sucht, dass neun von zwölf Hochofen zerschlagen werden sollen, dass das moderne Stahlwerk abgewrackt und das Pelzwerk ausgeschlehtet wird; drei Objekte, die in idealer Verbundwirtschaft allein eine rationelle Ausbeutung des grössten Eisenerzvorkommens Deutschlands erlauben. Bleiben nur drei Hochofen, wie es der ursprüngliche Demontagebefehl will, dann können auch die Erzgruben geschlossen werden und Deutschland- mit ihm Europa - lässt einen Reichtum aufgehoben, den England unter ähnlichen Umständen zu seiner billigsten Stahlquelle gemacht hat. Der Abbau des Salzgitter-Erzes ist nur rational, wenn es an Ort und Stelle verschmolzen und in einem Fluss verarbeitet wird. Die Anlagen des ehemaligen Reichswerkes boten dafür die

Gewähr, der Demontagebefehl aber mit seinem scheinbaren Zugeständnis von drei Hochöfen macht einen Strich durch alle Berechnungen.

Fünf Hochöfen, im Stahlwerk einen Mischer, drei Konverter, drei Thomasbirnen und zwei Elektroöfen, im Walzwerk drei Walzenstrassen - das war das Mindestprogramm, das man als Rentabilitätsgrenze berechnet hatte und den Alliierten vorlegte. Als das Programm bekannt wurde, wurde die Demontage forciert. Man hat das Gefühl, dass man hier wieder einmal mit vollendeten Tatsachen der Vernunft zuvorkommen wollte. Darum stehen von den Hochöfen nurmehr vier; drei sind gesichert, der vierte, es ist der Hochofen Nr.V, steht bis auf weiteres unter der Schutz des Landeskommissars von Niedersachsen, Brigadier Lingham. Eine schwarze Fahne weht vom höchsten Punkt des Hochofens. Kündet sie das Ende an oder den Sieg der Vernunft? Niemand im Werk vermag es zu sagen. Die jugoslawischen Demontageoffiziere, die in der Wachbarschaft von Nr. 5 drei Hochöfen abracken lassen, lächeln vielsagend, wenn sie zur Fahne hochschauen.

"Ich kann es nicht fassen, dass man das Werk und die Menschen hier im Stich lassen will", erklärt zweifelnd und bangend Karl Bielig, der Bundestagsabgeordnete des Kreises. "Die Betriebsvertretung hat niemals verstehen können, dass dieses modernste Werk Deutschlands, vielleicht Europas, demontiert wird, während 35 Jahre alte Werke bestehen bleiben" - das ist die Meinung des Betriebsratvorsitzenden Böchtig. "Es ist ein wirtschaftlicher Wahnsinn, Umschmelzeisen von hier an die Ruhr zu schicken, wie es der Demontagebefehl verlangt" - so spricht der Techniker und Wirtschaftler, Direktor Hübschen. Und der Arbeitsdirektor des Werkes: "Wird in dem ursprünglichen Umfang demontiert, dann entsteht hier aus dem größten Notstandsgebiet Niedersachsens das größte Elendsgebiet Europas. Die Verhältnisse hier liegen ungleich schwerer als an der Ruhr."

18 km vom Hochofen V entfernt beginnt die Ostzone

Marshallplan-Perspektiven für 1950 .

H.St., New York, im November.

Es steht nicht gut um den dritten Abschnitt des Marshallplans. Die Tranche für das Jahr 1950, die der amerikanische Kongress im Januar zu bewilligen haben wird, steht vor grossen Hindernissen. Der Widerstand der amerikanischen Parlamentarier gegen die neuen fünf Milliarden Dollar, fast ebenso viel wie im Vorjahre, wird sehr viel grösser sein als 1949.

Der unbestrittenen politischen Zustimmung zum Marshallplan stehen seltsamerweise finanzielle Bedenken gegenüber. Alle Geldbewilligungen müssen nach amerikanischem Gesetz nicht nur durch die Finanzkommissionen beider Kammern des Kongresses gehen, sondern ausserdem noch durch ihre "Appropriation" (Zuteilungs)-Kommissionen, - und diese sind die Bastionen der Sparfanatiker. Mit politischer Gegnerschaft gegen den Marshallplan hat das, wie gesagt, nichts zu tun; es ist die Besorgnis vor einer Überbelastung des amerikanischen Staatssäckels, die diese Sparfanatiker antreibt.

Diese Besorgnis wird nun in der bevorstehenden Session des Kongresses noch viel grösser sein. Der Rückgang der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur in den letzten sechs Monaten wird, obwohl der Geschäftsgang im allgemeinen schon wieder angezogen hat, zwangsläufig dazu führen, dass die Steuereingänge im laufenden Fiskaljahr geringer sein werden als veranschlagt; man befürchtet eine Reduktion um ganze Milliarden Dollar. Auf der anderen Seite sind die Ausgabe gegenüber den im Haushaltsplan vorgesehenen Zahlen etwas angewachsen, vor allem durch sozialpolitische Reformen der Regierung im Lauf der letzten Monate und durch zusätzliche Kredite für die Unterstützung asiatischer Länder. (Philippinen, Korea). So kommt es, dass man am Ende des laufenden Fiskaljahres, d.h. am 30. Juni 1950, mit einem Defizit von 5,5 Milliarden Dollar rechnet, - ziemlich genau eine Jahresquote des Marshallplanes. Es würde einem grundsätzlichen Gegner der amerikanischen Hilfe für Europa also leicht fallen, darauf hinzuweisen, dass eine komplette Streichung dieses Betrages sämtliche Budget-Sorgen ohne weiteres be-

beseitigen könnte.

Soweit geht freilich kaum jemand. Häufig ist dagegen in letzter Zeit eine Art Ungeduld zu spüren, die sich bei den neuen Kreditdebatten zweifellos kräftig äussern werden. Die britische Dollarkrise im Herbst hat schon die hier und da vorhandene Illusion zerstört, dass der Marshallplan für sich allein bereits ein Zauber-mittel sei, das alle Wunden heilen kann. Man weiss heute, dass auch im besten Fall die europäische Unterbilanz an Dollars im Jahre 1952, dem programmässigen Ende des Marshallplanes, noch nicht gedeckt sein kann, weshalb auch Paul Hoffman, der tatkräftige und burschikose Direktor der E.C.A. immer wieder die europäischen Warentransporte nach USA zu fördern sucht.

Aber dass das "Zauber-mittel" keine Totalwirkung hat und haben wird, ist nicht der Hauptgrund der Ungeduld. Die Mehrzahl der Amerikaner hat doch immerhin begriffen, dass, wie eine grosse Wochenzeitung sich kürzlich ausdrückte, "Utopien nicht in Eil-Ärschen" geschaffen werden können: also erwartet man für 1952 nicht eine ausgeglichene Dollar-Zahlungsbilanz und auch nicht eine tadellos funktionierende Union der "Vereinigten Staaten von Europa". Was man dagegen verlangt, und zwar mit steigender Ungeduld, sind Anstrengungen auf Schaffung eines grossen "Freien Marktes" der 17 Marshallplan-Länder, d.h. also Abschaffung aller zwischen ihnen bestehenden Zoll-mauern, Importkontingentierungen, Devisenrestriktionen und ähnlichen schädlichen Handelsbarrieren, - und das verlangt man bereits in allernächster Zukunft.

Paul Hoffman hat schon vor Wochen den 17 europäischen Regierungen diese amerikanische Erwartung klipp und klar zu verstehen gegeben, und amerikanische Zeitungen formulieren es häufig noch viel krasser und undiplomatischer: "Schliesst Euch zusammen und bildet einen einheitlichen grossen Binnenmarkt der 17 Nationen und 270 Millionen Menschen, - oder Ihr müsst ohne Marshall-Dollars auskommen!" Was die Amerikaner im einzelnen unter einer solchen europäischen "Integration" (wie das Schlagwort lautet) verstehen, ist nicht ganz klar; ausser den genannten Faktoren sprechen sie noch von "freier Konvertibilität

der Währungen" als wichtiger Voraussetzung zur Belebung des inner-europäischen Handels.

Sollten im kommenden Frühjahr, wenn die neuen Kredite für den Marshallplan im Kongress auf der Tagesordnung stehen, noch keinerlei Fortschritte in Richtung auf eine solche "Vereinheitlichung" erfolgt sein, dann wird man sich nicht wundern dürfen, wenn der Kongress keinen grossen Bewilligungs-Enthusiasmus zeigt. Präsident Truman soll ernstlich in einem solchen Fall eine Reduktion der Kredite um fast 50% befürchten, von rund 5 Milliarden auf rund 3 Milliarden - eine für Europa höchst bedenkliche Perspektive. Dies wird sich nur vermeiden lassen, wenn bis dahin wirkliche Anstrengungen in Richtung auf eine Verbesserung und Vereinheitlichung des europäischen Handels sichtbar werden.

- - - - -
Alte Bräuche .
- - - - -

An Brauchtum und Tradition festzuhalten, kann mitunter sehr lässlich sein. Zwar wird unter diesen Bestrebungen vieles mitgeschleppt, was man auch bei einigermaßen gutem Willen nicht anders als verstaubtes Operettenrequisit bezeichnen kann. Kluge Leute bemühen sich dann, dies mit einem überlegenen Lächeln zu entschuldigen, weil sie meinen, dass die Liebe zur "guten alten Zeit" bei den Deutschen durchaus nicht das gefährlichste aller Übel sei. Gegen leere Formen scharf zu polemisieren, hiesse mit Kanonen auf Spatzen schießen. Mit solchen Bemerkungen glaubt man auch, dass sich an den deutschen Universitäten immer mehr ausbreitende Korporationswesen oder besser -Unwesen abzubauen. Welcher Geist aber hinter solchen "leeren her-losen Spiel" steht, beweist blitzartig ein Vorfall, der sich vor einiger Zeit in Marburg abspielte.

Ein Student, nach nationalsozialistischer Terminologie, aber auch in den Augen gewisser Zeitgenossen ein "Halbarier", bewarb sich um Aufnahme in eine Korporation. Nachdem der Antrag lange Zeit verschleppt worden war, erschienen eines Tages zwei "Alte Herren" der

betreffenden Korporation bei ihm, die ihm von einem revolutionären Beschluss Mitteilung machten, den sie gefasst hätten. Sie hätten sich nämlich dazu durchgerungen, Juden nicht mehr als Staatsbürger niederen Ranges zu betrachten. Also schien die Angelegenheit geklärt, nur ein winziger Vorbehalt wurde noch gemacht. Es gehöre nämlich zu den alten Bräuchen dieser Korporation, um Mitternacht ein antisemitisches Lied zu singen, und der Bewerber müsse auch seinerseits Toleranz aufbringen und sich diesem Brauch fügen. Weitere Worte scheinen überflüssig. Um der Entschuldigung vorzubeugen, es handle sich um einen Ausnahmefall, sei bemerkt, dass alte Bräuche bei allen Korporationen heilig gehalten werden.

Partei Gründungen in Bayern.

M.R.München, im November.

Wie überall im Bundesgebiet, besteht auch in Bayern die Tendenz, neue Parteien ins Leben zu rufen. Alle diese neuen Gruppen haben im weitesten Sinne drei Merkmale gemeinsam: sie sind alle rechtsorientiert, mehr oder weniger nationalistisch und stützen sich vornehmlich auf die Flüchtlinge.

An der Spitze dieser Bestrebungen steht der Versuch, eine "Partei der Ausgewiesenen" zu schaffen, die aus dem schon vor zwei Jahren gegründeten "Neubürgerbund" hervorgehen soll. Der 36jährige, politisch ehrgeizige erste Vorsitzende des Neubürgerbundes, der Redakteur Günther Goetzendorff, war über ein Wahlbündnis mit der WAV (Loritz) in den Bundestag gelangt. Nun hat er für seinen "Block der Heimatvertriebenen" mit 31 Kreisverbänden die Lizenzierung beantragt. Das Programm ist ausschliesslich auf Flüchtlingsforderungen zugeschnitten und enthält kaum neue, hervorzuhobende Programmpunkte. Man rechnet, dass es dem "Block der Heimatvertriebenen" gelingen dürfte, bei den Bayerischen Landtagswahlen im kommenden Jahr etwa 10% der Wähler zu gewinnen.

Gleichfalls im Entstehen begriffen ist die "Deutsche Gemeinschaft". Ihr Initiator ist August Haussleiter, der ehemalige zweite Vorsitzende der CSU. Auch Haussleiter stützt sich auf eine Flücht-

Flüchtlingsgruppe, die "Deutsche Notgemeinschaft", die in Franken ihre stärksten Positionen hat. Haussleiter will aber nicht nur eine Flüchtlingspartei gründen, sondern die "sozial Entwurzelten und politisch Heimatlosen", also die Flüchtlinge, Heimkehrer und Währungsgeschädigten zusammenfassen. Er hofft, dass ihm besonders in Franken ein Einbruch in die CSU möglich sein wird. Als Programm wird ein "starker demokratischer Staat, eine soziale Neuordnung und ein freies Gesamtdeutschland" gefordert. Die "Deutsche Gemeinschaft", noch nicht richtig aus der Taufe gehoben, hat aber bereits ihr Symbol, nämlich die Notflagge der Geusen mit einem weiss-rot geteilten Eichenblatt als Sinnbild des geteilten Deutschlands.

Die dritte Parteigründung nennt sich "Deutsche Partei für Freiheit und Recht". Ihr Schöpfer ist der ehemalige zweite WAV-Vorsitzende, Julius Höllerer, der seit längerer Zeit im heftigsten persönlichen Kampf mit Loritz steht. Es ist ihm gelungen, fünf ehemalige WAV-Abgeordnete des Bayrischen Landtags zu gewinnen, Loritz im Landtag zu isolieren und selbst eine Fraktion zu bilden. Höllers Parteilinie ist betont rechtsorientiert und antimarxistisch.

Eine weitere Partei, die sich besonders nationalistischer Argumente in ihrem Programm bedient, ist die "Vaterländische Union".

Ihr Gründer ist der 27 Jahre alte Sudetendeutsche Karl Feitenhansl. Er propagierte den "kompromisslosen Kampf gegen den Kommunismus"

und die "Schaffung einer westdeutschen Armee". Interessant ist, dass offenbar eine Verbindung dieser Partei zu den Ukrainischen Partisanen, den sogenannten Banderovci, besteht.

In wieweit diese letzten Parteigründungen in Bayern politische Bedeutung erhalten werden, muss dahingestellt bleiben. Vorläufig sind es Symptome für die Neigung, die Anzahl der rechtsradikalen Gruppen zu verwehren.

Nachrichten aus der Ostzone:Über die Zonengrenze gelockt .

Jena: Vor kurzem wurde die Witwe Behme zur NK D-Jena bestellt, wo man ihr einen Brief ihrer Tochter in Westdeutschland vorlegte. Der Brief, an die Mutter adressiert, enthielt viele Beschimpfungen der sowjetischen Besatzungsmacht, u.a. die Frage, ob das Russenpack noch nicht bald abzüge. Jetzt hat die NKVD die Tochter mittels eines fingierten Telegramms nach Weimar gelockt und an der Zonengrenze verhaftet. Die Tochter hatte telegrafisch die Aufforderung erhalten, sofort nach Weimar zu kommen, da die Mutter schwer erkrankt sei. Eine ärztliche Bestätigung der Krankheit war beigegeben.

-.-.-.-

"Kriminalschule" Kapeu b. Dessau schult Polizeispitzel.

In Kapeu b. Dessau wurde eine "Kriminalschule" der Volkspolizei errichtet, die der russischen Besatzungsmacht unterstellt ist. Leiter der Schule sind der Oberkommissar H e i n e und der Kommandeur der Volkspolizei-Offiziersschule in Kochstedt, von W i t z l e b e r. Politischen Unterricht erteilt ein sowjetischer Offizier. Der Leiter des K 5 (jetzt K D) Reichel, Dessau, erteilt Spitzelaufgaben, die in besonderen Übungsstunden ausgeführt werden müssen. Die "Kriminalschüler", die zumeist kriminell vorbestraft sind, sollen nach Abschluss des Lehrganges an der Zonengrenze, in Betrieben, in Polizeiformationen und in der Öffentlichkeit als Spitzel eingesetzt werden.

-.-.-.-

In KZ's Verstorbene dürfen nicht registriert werden.

Nach einer Anordnung der Landesregierung Sachsen, Ministerium des Innern, dürfen Standesämter die in den Konzentrationslagern der Sowjetzone Verstorbenen nicht beurkunden, auch dann nicht, wenn entlassene Häftlinge den Tod eines Mithäftlings eidesstattlich versichern.

-.-.-.-

Namentlich ausradierte Städte .

sp.- Alle Bahnhöfe der sowjetischen Besatzungszone haben Anweisung erhalten, dass auf den Güterwagen die Namen der ehemaligen Herkunftsbahnhöfe Stettin, Königsberg, Danzig, Posen, Breslau und Oppeln entfernt werden. Erst dann dürfen die Transporte die Kontrollen passieren.

-.-.-.-

Verhaftungen bei Schott in Jena

Jena Die NKVD verhaftete vor ca. 3 Wochen mehrere Angestellte und Arbeiter der Schottwerke. Die Verhaftungen wurden nachts durchgeführt. Unter den Verhafteten befindet sich der Betriebsarzt Dr. Gronau, der bei der Belegschaft sehr beliebt war. Er war erst im vorigen Jahr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt. Angeblich wird ihm "Spionage" zur Last gelegt.

-.-.-.-

Verantwortlich: Peter Reunau